



NEWSLETTER 04/2019

# FORUM | MIGRATION

Foto: © Stadtrate – stock.adobe.com

Ich suche  
eine Wohnung

## Ayşe soll nicht einziehen

**Die Preise für Wohnraum werden für immer mehr Menschen in Deutschland ein Problem. Mieten steigen in vielen Regionen, an Eigentum ist für prekär Beschäftigte nicht zu denken. Mit über 200 Aktionen widmete sich nun der DGB-Zukunftsdialog mit einer Aktionswoche dem Thema. Ein wichtiger Aspekt dabei: Mig-rant\_innen. Denn auch wenn deren Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt jüngsten Studien zufolge zurückgeht, bleibt es für diese besonders schwer, Wohnraum zu finden.**

Die Universitäten Konstanz und München haben 2018 insgesamt 71 Untersuchungen aus den vergangenen 40 Jahren ausgewertet. 69 davon stellten Diskriminierung von ethnischen Minderheiten auf dem Wohnungsmarkt fest. Diese hätten „mit deutlichen Nachteilen am Mietwohnungsmarkt zu kämpfen“, sagte der Konstanzer Soziologe Thomas Hinz. Sie leben demnach in durchschnittlich kleineren Wohnungen, bezahlen höhere Preise pro Quadratmeter und wohnen mit größerer Wahrscheinlichkeit in schlechter beleumundeten Gegenden. Das Problem beginne schon bei der Wohnungssuche: „Sie müssen im Schnitt mehr Bewerbungen für eine Mietwohnung

schreiben, bis sie zu einer Besichtigung eingeladen werden, und erleben bei der Wohnungssuche vielfach Ablehnung bis hin zu offener Diskriminierung“, so Hinz. Allerdings, auch das ergab die Studie, gehen die Diskriminierungsraten seit 1970 deutlich zurück. Auch gebe es „keine Hochburgen der Diskriminierung“, so die Forscher\_innen. Diese sei vielmehr „bundesweit relativ homogen verteilt“. Im Februar 2019 veröffentlichte die Uni Bremen eine Studie, für die Forscher\_innen mit türkischem und amerikanischem Akzent und hochdeutscher Aussprache um einen Termin für eine Wohnungsbesichtigung gebeten hatten. Die Anruferinnen mit türkischem Akzent hatten dabei in einigen Stadtteilen nicht einmal bei jedem vierten Anruf Erfolg, während dort rund 95 Prozent der deutsch klingenden eine Wohnung besichtigen konnten.

Was gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt konkret helfen kann, hat die Caritas auf dieser Seite zusammengestellt: <https://bit.ly/2Jsevg1>

Studie Unis Konstanz/München: <https://bit.ly/2ufESeG>

Studie Uni Bremen: <https://bit.ly/2OcOeRw>

DGB-Aktionswoche Wohnen: <https://bit.ly/2ToJyNs>

Lesen Sie zu diesem Schwerpunktthema auch die Seite 3 sowie den Gastkommentar (Seite 5).

### INHALT 04/2019

Ayşe soll nicht einziehen .....	1
Wenig Zuzug in den Osten .....	2
Anerkennungs-News .....	2
Uni-Visum nur für Gutbetuchte .....	2
Migrant_innen wohnen teurer und öfter zur Miete .....	3
Asylheim nebenan? Nur wenige hätten Einwände .....	3
Nur jeder Vierte will neben Landsleuten wohnen .....	3
News + Termine .....	4
Arbeitsmigration und „Wohnmisere“ – ein Blick in die Geschichte – Kommentar von Dr. David Templin, Historiker am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück .....	5



## Wenig Zuzug in den Osten

### Ausländische Fachkräfte meiden den Osten. Das zeigt eine Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle.

In der Anfang März veröffentlichten Untersuchung „Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall“ weisen die Forscher\_innen darauf hin, dass hoch qualifizierte Zuwanderer\_innen, die zum Beispiel eine Blaue Karte EU haben, viel eher in west- als in ostdeutsche Regionen gehen. Nur Berlin ziehe überdurchschnittlich viele von ihnen an. Ostdeutschland schein „in einem Teufelskreis gefangen zu sein“, so die Studie: Migrant\_innen ziehen in jene Orte mit vorhandenen sozialen Netzwerken, wo also bereits Angehörige aus den Herkunftsländern leben. Die ostdeutschen Länder gehörten deshalb „eher zu den weniger präferierten Zugzugsregionen“ für Zuwanderungen aus der EU und für Inhaber der Blauen Karte. Es sei „wohl kein Zufall“, so die Wissenschaftler\_innen, dass Bundesländer, die besonders von der Blue Card profitieren, auch überdurchschnittlich hohe Anteile von Einwohner\_innen mit Migrationshintergrund haben. Um Qualifizierte aus dem Ausland für Ostdeutschland zu gewinnen, werde es weiterhin erforderlich sein, „Erscheinungen von Fremdenfeindlichkeit konsequent entgegenzuwirken und Weltoffenheit zu zeigen“.

 IWH-Studie: <https://bit.ly/2VBBWoo>

## Anerkennungs-News

### ver.di drängt auf bessere Integration ausländischer Fachkräfte

Krankenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen stellen zunehmend Pfleger\_innen ein, die ihren Berufsabschluss im Ausland erworben haben. Das ergibt eine neue von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie. Demnach ist die Zahl der Fachkräfte für Gesundheits- und Krankenpflege, die jährlich aus dem Ausland nach Deutschland kommen, zuletzt auf fast das Sechsfache gestiegen: Von knapp 1.500 im Jahr 2012 auf gut 8.800 im Jahr 2017. Größtenteils stammen sie aus ost- und südeuropäischen Staaten außerhalb der EU oder von den Philippinen. ver.di sieht großen Handlungsbedarf, um deren betriebliche Integration erfolgreich zu gestalten. Die Böckler-Studie zeige, dass es nicht damit getan sei, Pflegefachkräfte aus dem Ausland für die Arbeit in Kliniken und Altenpflegeeinrichtungen einfach nur anzuwerben, sagte Sylvia Bühler, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand. „Damit die zugewanderten und einheimischen Pflegekräfte Hand in Hand miteinander arbeiten können, braucht es eine gute Vorbereitung und Begleitung aller Beteiligten.“

 Studie Böckler-Stiftung „Betriebliche Integration von Pflegefachkräften aus dem Ausland“: <https://bit.ly/2Tk6PvO>

 Stellungnahme ver.di: <https://bit.ly/2USNVOE>



Foto: © kasto – stock.adobe.com

## Uni-Visum nur für Gutbetuchte

**Beim ersten Mal war alles ganz einfach, sagt Aristide Landry Biembe Kono. 2013 hat er in Kameruns Hauptstadt Yaoundé Abitur gemacht. Was er danach machen könnte, dazu hatte sein Cousin eine Idee: Der war dabei, Öl-Ingenieur zu werden.**

Kamerun ist umgeben von Staaten mit bedeutenden Ölvorkommen: Nigeria, die Zentralafrikanische Republik, Äquatorialguinea, Angola und Kongo. Trotz der wachsenden Bedeutung von Klimaschutz: Für Biembe war klar, dass die Branche in der Region weiter eine Zukunft hat. Er beantragte ein Studierendervisum für die Liaoning University of Petroleum and Chemical Technology in Fushun, zehn Autostunden östlich von Peking. Da studierte damals Biembes Cousin.

Es ist das bekannteste Institut für rohstoffbezogene Geowissenschaften in China. Biembe wollte hier den vierjährigen Bachelor Petroleum and Gas Engineering belegen – denn den bieten die Chinesen auf Englisch an. 16.000 Renminbi Einschreibgebühr will die Uni heute noch, umgerechnet 2.100 Euro. Damals war es etwas günstiger: „Mit allen Ausgaben habe ich etwa zwei Millionen Francs im Jahr bezahlt“, sagt Biembe, das sind umgerechnet gut 3.000 Euro. Das war nicht wenig, aber für eine Familie der afrikanischen Mittelschicht leistbar.

Das Visum bekam er prompt. „Das war kein Problem: Ich musste meine Zeugnisse vorlegen und sagen, dass ich in Fushun studieren will. Die Gebühren musste ich erst in China bezahlen.“ Im Frühjahr 2014 reiste Biembe, damals 21 Jahre alt, nach China. Die Studiengebühren konnte er aufbringen, für Flüge nach Hause reichte das Geld nicht: „Ich musste die ganzen vier Jahre in China bleiben.“ 2018 im September schloss er den Bachelor ab. Doch was nun?

„Für den Master will ich nach Deutschland“, sagt er. „Die Universitäten dort haben einen guten Ruf und haben in Afrika ein hohes Ansehen.“ Und auch hier gibt es Studiengänge, die auf Englisch abgehalten werden und so für internationale Studierende leichter zugänglich sind – etwa Petroleum Engineering am Institut für Erdöl- und Erdgastechnik der TU Clausthal, wo 30 Prozent der Studierenden Ausländer\_innen sind. „Das würde mich sehr interessieren“, sagt Biembe, der sich auf der Website der TU informiert hat. „Globalisierung wird auf dem Campus nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt“, heißt es dort, in einem Video sind auch Afrikaner\_innen zu sehen, die in der Stadt am Harz studieren. Und auch Biembes Vorbildung erlaubt ihm nach Auskunft der DAAD-Zulassungsdatenbank einen „direkten allgemeinen Zugang“. Doch die Voraussetzungen sind ungleich höher, als sie es für sein erstes Studium in China waren. China baut seinen Einfluss in Afrika offensiv aus, nicht zuletzt zur Sicherung des Rohstoffzugriffs. Bindungen, die Studierende wie Biembe in Fushun zu China aufbauen, sind ein Teil dieser Strategie. Obwohl Expertengremien wie der Sachverständigenrat Migration (siehe News auf der Seite 4) auf die Bedeutung guter Bedingungen für internationale Studierende hinweisen, ist der Weg an eine deutsche Hochschule auch für junge Leute mit einer Qualifikation wie Biembe vergleichsweise schwierig. Denn anders als China und andere Schwellenstaaten verlangt Deutschland einen Finanzierungsnachweis von 8.800 Euro von ausländischen Studierenden von außerhalb der EU. Für Biembe ist das unerschwinglich. „Das Studium selbst kostet in Deutschland ja sehr wenig“, sagt er. „Für meine Lebenshaltungskosten könnte ich in Deutschland arbeiten.“ Aber die Summe schon vorab in Kamerun beschaffen, das kann er nicht. Jetzt hofft Biembe auf ein Stipendium.



## Migrant\_innen wohnen teurer und öfter zur Miete

**In Quartieren wie Berlin-Kreuzberg oder Hamburg-Altona ist seit einiger Zeit ein Trend zu beobachten: Migrant\_innen, die diese Viertel besonders geprägt haben, können sich die steigenden Mieten dort nicht mehr leisten. Sie müssen der zahlungskräftigeren, weißen, akademischen Mittel- und Oberschicht weichen, die es in die urbanen Lagen drängt. Menschen mit Migrationshintergrund, die teils Jahrzehnte in diesen Quartieren lebten, ziehen in Außenbezirke. Besonders deutlich zeigt sich hier, dass Wohnraum für Migrant\_innen in Deutschland insgesamt schwieriger zu beschaffen und zu bezahlen ist.**

Zuletzt hat das Statistische Bundesamt im Jahr 2017 eine umfassende Analyse dieses Phänomens veröffentlicht. Demnach lebten Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich seltener in eigenen Wohnungen oder Häusern (34,5 %) als Menschen ohne Migrationshintergrund (54,8 %). Menschen mit Migrationshintergrund wohnten doppelt so häufig in großen Wohnblöcken (mehr als 12 Wohnungen) – nämlich 6 % von ihnen, während es unter den Deut-

schen ohne Migrationshintergrund nur 3 % waren. Gleichzeitig steht Deutschen ohne Migrationshintergrund deutlich mehr Wohnraum zur Verfügung: Sie bewohnen im Schnitt 47,7 m<sup>2</sup>, Menschen mit Migrationshintergrund müssen mit 32,8 m<sup>2</sup> auskommen.

Dieser Unterschied fand sich sowohl bei Mieter\_innen (29,7 m<sup>2</sup> gegenüber 41,5 m<sup>2</sup>) als auch bei Eigentümer\_innen (38,8 m<sup>2</sup> gegenüber 53,0 m<sup>2</sup>). Die Ursache hierfür liege allerdings überwiegend darin, dass Menschen mit Migrationshintergrund in deutlich größeren Haushalten lebten, und weniger darin, dass ihre Häuser beziehungsweise Wohnungen kleiner waren, so das Statistische Bundesamt.

Umgekehrt bedeutet dies aber keineswegs, dass sie weniger für die Wohnungen ausgeben: Migrantische Mieter\_innen überweisen im Schnitt 7,26 Euro Bruttokaltmiete pro m<sup>2</sup>, Deutsche ohne Migrationshintergrund nur 6,69 Euro. Das Statistische Bundesamt wies darauf hin, dass dieser Befund auch dann noch zutreffend war, wenn der Umstand herausgerechnet wurde, dass Personen mit Migrationshintergrund häufiger in Großstädten wohnten.

Und so liegt auch die so genannte Mietbelastungsquote – der Anteil der Bruttokaltmiete am verfügbaren Haushaltseinkommen – bei Menschen mit Migrationshintergrund mit 27,3 % höher als bei solchen ohne Migrationshintergrund (25,1 %).

Auch innerhalb der Menschen mit Migrationshintergrund gibt es bemerkenswerte Unterschiede. So wohnten (Spät-)Aussiedler\_innen mit einem Anteil von 41,7 % erheblich häufiger in ihrem Eigentum als Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt (34,5 %). Und als Mieter\_innen zahlten sie deutlich weniger je Quadratmeter (6,86 Euro) – nur unwesentlich mehr als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Einer neuen Untersuchung des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung aus dem Jahr 2018 zufolge will die Hälfte aller Befragten im „Migrantenmilieu“ ihre Wohnsituation verbessern. Nahezu die Hälfte der Befragten würde am liebsten im freistehenden Eigenheim wohnen.

 „Migrantenmilieu-Survey“ des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung: <https://bit.ly/2DHHeaF>

## Asylheim nebenan? Nur wenige hätten Einwände

**Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sieht Einwanderung als Chance, nur eine Minderheit lehnt Zuwanderung ab: Das ist das Ergebnis einer neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Besonders groß ist demnach die Offenheit für eine Einwanderung, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken soll – diese befürworten zwei Drittel der Befragten. Dass Geflüchtete in ihrer Nachbarschaft untergebracht werden, dagegen haben die meisten Befragten nichts – drei von vier sind**

**in dieser Frage entweder „neutral“ (14 Prozent) oder damit einverstanden (62 Prozent).**

Die große Mehrheit der Deutschen findet es richtig, Menschen aufzunehmen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Gut 70 Prozent seien laut der Studie, für die die FES 3.000 Menschen befragt ließ, der Meinung, Deutschland solle in Zukunft genauso viele Geflüchtete wie jetzt oder sogar noch mehr aufnehmen. Für Menschen, die „aus wirtschaftlichen Gründen und vor Armut“ nach

Deutschland fliehen, zeige die Mehrheit hingegen kaum Akzeptanz – 57 Prozent wollen, dass deren Zahl sinkt. Wer sich gut integriert hat und einer Arbeit nachgeht, der soll allerdings bleiben dürfen – selbst wenn er oder sie eigentlich ausreisepflichtig ist: Das finden beinahe 80 Prozent und sind dementsprechend offen für den so genannten Spurwechsel.

 FES-Studie „Das pragmatische Einwanderungsland“: <https://bit.ly/2YczcQg>

## Nur jeder Vierte will neben Landsleuten wohnen

**Grundeinstellungen zum Wohnen in migrantischen Milieus**

■ = Stimme voll und ganz zu (in %) · ■ = Stimme eher zu (in %) · ■ = Stimme eher nicht zu (in %) · ■ = Stimme überhaupt nicht zu (in %)

„Ich möchte meine Wohnsituation verbessern.“	17	32	29	20
„Mir ist eigentlich ziemlich egal, wie ich wohne – es gibt andere Dinge im Leben, die mir wichtiger sind.“	6	16	37	40
„Am liebsten wäre mir, wenn die Nachbarn aus dem gleichen Herkunftsland stammen wie ich.“	9	17	30	37

 Quelle: Migranten, Meinungen, Milieus – vhw-Migrantenmilieu-Survey 2018, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., durchgeführt von SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH, Heidelberg



# News + Termine

## Neue Studie: Frankophone afrikanische Asylwerber wollen zurück, aber mit Geld und Ausbildung

Ein Großteil der Asylwerber aus den französischsprachigen Ländern Subsahara-Afrikas wollte kein Asyl beantragen, sondern im Ausland Geld verdienen, berufliche Erfahrungen sammeln und dann eine Existenz im Heimatland aufbauen. Das ist das Ergebnis einer von den Regierungen Deutschlands und Österreichs finanzierten Befragung von 159 Asylsuchenden in den beiden Ländern. Mangels anderer Möglichkeiten der legalen Migration seien sie demnach in „die Asylschiene gedrängt“ worden. Die Rückkehr „mit leeren Händen“ führe den Interviews zufolge zu einer sozialen Stigmatisierung. Die Menschen wünschen sich eine Berufsausbildung und Mentoring beim Aufbau eines eigenen Geschäfts in Afrika und Schutz vor willkürlichen staatlichen Auflagen. Als finanzielle Unterstützung schlagen sie Kleinzuschüsse oder Mikrokredite vor.

<https://bit.ly/2JnqTh9>

## Weniger Geld für Integration

Bundesfinanzminister Olaf Scholz will eine so genannte Flüchtlings-Pauschale von insgesamt 16.000 Euro für fünf Jahre einführen, die sinkt, je länger ein Asylbewerber in Deutschland lebt. Dadurch würden die Flüchtlingskosten des Bundes von derzeit jährlich 20 Milliarden Euro auf 16 Milliarden Euro sinken. Die Kommunen warnten, eine Kürzung der Flüchtlingsmittel gefährde den Integrationserfolg. Mittel- und langfristig würden die gesamtgesellschaftlichen Folgekosten kurzfristige Einspareffekte deutlich übersteigen, sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg. Die Kommunen müssten zusätzlich auch bei den Kosten für die Geduldeten entlastet werden. Bislang fehle für diese Gruppe eine Finanzierungsregelung.

## SVR: Deutsche Hochschulen kompensieren Schrumpfung mit ausländischen Studierenden

Gut jeder sechste Hochschulstandort hat heute weniger deutsche Studierende als noch 2012, knapp zwei Drittel dieser schrumpfenden Hochschulstandorte liegt in Ostdeutschland. Weit über die Hälfte (26 von 41) dieser schrumpfenden Standorte begegnen dem demografischen Wandel, indem sie internationale Studieninteressierte in Sprachschulen, ausländischen Partnerschulen und -hochschulen oder im Internet gezielt ansprechen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Sachverständigenrates Migration SVR. An diesen 26 Standorten sei zwar die Zahl einheimischer Studierender seit 2012 zurückgegangen, die Zahl der internationalen Studierender jedoch um 42 Prozent gestiegen. „Diese Hochschulen haben

eine Vorreiterrolle im deutschen Hochschulsystem, da der demografische Wandel mittelfristig auch weitere Regionen und Hochschulstandorte erreichen wird“, sagte Cornelia Schu, die Direktorin des SVR-Forschungsbereichs.

<https://bit.ly/2HumbC>

## Frontex-Statistik: Irreguläre Migration erneut stark zurückgegangen

Im Februar sind deutlich weniger Migrant\_innen auf irregulärem Weg in die EU gekommen. Auf den Hauptmigrationsrouten ging die Zahl der festgestellten Grenzübertritte im Vergleich zum Januar um 58 % auf 3.560 zurück. 2018 lag die Zahl unerlaubter Grenzübertritte in die EU bei 150.114. Das waren 27 % weniger als im Vorjahr und im dritten Jahr in Folge ein Rückgang.

<https://bit.ly/2JrM4Pd>

## Social Media-Debatte: #vonhier

Mit dem Hashtag #vonhier hat die Publizistin Ferda Ataman im Internet eine Debatte über Deutschstämmigkeit in Gang gebracht. „Meine Familie kam vor 50 Jahren aus der Türkei, ich wurde vor fast 40 Jahren hier geboren. Trotzdem wird mein Deutschsein ständig infrage gestellt“, schrieb Ataman in einem im März im Spiegel veröffentlichten Text. Sie sei die „Wurzeldetektive“, die ständig „nachbohren, woher ich wirklich stamme, leid“. Tausende Menschen schilderten daraufhin auf Twitter von ihnen als unangenehm empfundene Nachfragen nach ihrer Herkunft.

<https://bit.ly/2TcUjwv>

## „Geförderte Rückkehr“ nach Syrien: Deutschland zahlte 437 mal

Deutsche Behörden haben 2018 insgesamt 437 Flüchtlinge finanziell bei der Rückkehr nach Syrien unterstützt. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Frage der innenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, hervor. Die Deutsche Presse-Agentur berichtete zuerst darüber. Die Regierung wies darauf hin, dass keiner der Betroffenen gegen seinen Willen nach Syrien geschickt worden sei. Für Syrien gilt ein Abschiebestopp, auch Kriminelle und Gefährder werden aktuell nicht unter Zwang in das Land gebracht. „Syrische Staatsangehörige werden zudem durch Bundesbehörden in keiner Weise zur freiwilligen Ausreise ermutigt“, heißt es weiter. An dieser Praxis wolle die Regierung festhalten.

<https://bit.ly/2TUHlVD>

## Termine

### MENTO-Modul Lernen. Lernprozesse begleiten und verstehen Berlin-Brandenburg und Sachsen

04. Mai 2019

Veranstaltungsort: Berlin

### Bayern und Baden-Württemberg

18. Mai 2019

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Bayern

### Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

29. Juni 2019

Veranstaltungsort: Erfurt

### MENTO-Modul Netzworke. Kreativ und effektiv netzwerken

NRW

18. Mai 2019

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

### Ausbildung zu Trainer\_innen für (kulturelle) Vielfalt in der Arbeitswelt

Modul 1 und 2

17. bis 20. Mai 2019

Modul 3 und 4

13. bis 16. Juni 2019

Modul 5 und 6

14. bis 17. November 2019

Veranstaltungsort: ver.di-Bildungs- und Begegnungszentrum Clara Sahlberg, Berlin

### Multiplikatorenqualifizierung Rechtsextremismus – Prävention und Intervention 2019

Block 1, Rechtsextremismusprävention

23. bis 26. Mai 2019

Block 2, Rassismus und Diskriminierung

13. bis 16. Juni 2019

Modul Betzavta, Wie demokratisch ist unsere Gesellschaft?

05. bis 07. Juli 2019

Block 3, Rechtspopulismus und

Rechtsextremismus

26. bis 29. September 2019

Block 4, Qualifiziert handeln – aber wie?

07. bis 10. November 2019

Block 5, Zertifizierung, Praxisprojekte, Abschluss

07. bis 08. Dezember 2019

Veranstaltungsort: DGB Bildungszentrum Hattingen

### MENTO-Basisqualifizierung. Kollegiale\_r Ansprechpartner\_in für Grundbildung und Alphabetisierung werden

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

22. bis 24. Mai 2019

Ort: Bildungszentrum der Arbeitskammer, Kirkel

[Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:](https://www.dgb-bildungswerk.de/migration/bildungsprogramm)

<https://www.dgb-bildungswerk.de/migration/bildungsprogramm>



# Arbeitsmigration und „Wohnmisere“ – ein Blick in die Geschichte



© Foto: privat

**Kommentar von Dr. David Templin, Historiker am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück**

Im März 2018 berichtete die Hamburger Morgenpost über ein „Horror-Haus“ in der Hansestadt: 158 Menschen mit rumänischen und bulgarischen Pässen lebten auf engstem Raum in einem Gebäude mit verdreckten Toiletten, defekter Gastherme und einer durchschnittlichen Wohnfläche von acht Quadratmetern pro Person. Dabei handelte es sich um keinen Einzelfall. Das belegen zahlreiche Berichte über die Wohnsituation osteuropäischer Arbeitsmigrant\_innen in deutschen Großstädten. Blickt man in die Geschichte, scheint sich hier ein Muster zu wiederholen, das bereits das Migrationsregime der so genannten „Gastarbeit“ zwischen den 1950er- und 1970er-Jahren prägte.

Im Unterschied zur aktuellen EU-Migration waren die Unternehmen damals verpflichtet, für die Unterbringung der angeworbenen Arbeiter\_innen zu sorgen. Sie errichteten Wohnheime, zum Teil in Form provisorischer Unterkünfte, etwa Baracken, zum Teil aber auch in Form moderner Neubauten. Vorgeschrieben war zunächst eine Wohnfläche von vier Quadratmetern pro Person, seit 1971 galt ein Wert von acht Quadratmetern. Dies war auch darauf zurückzuführen, dass um 1970 viele Medien die Wohnverhältnisse von Migrant\_innen skandalisiert hatten. Berichte über die „Gastarbeiter-Wohnmisere“ häuften sich, wobei immer wieder Probleme wie Überbelegung, mangelnde Hygiene und

die Ausnutzung durch skrupellose Vermieter\_innen hervorgehoben wurden.

Bei einer behördlichen Überprüfung von hunderten Wohnheimen in Hamburg stellte sich damals heraus, dass knapp 30 Prozent keine ausreichenden Feuer-schutz-einrichtungen aufwiesen. Dies war sicher mit ein Grund dafür, dass es seit den 1960er-Jahren zahlreiche Brände in Unterkünften gab, bei denen mehrere Menschen starben.

In den frühen 1970er-Jahren verließen Arbeitsmigrant\_innen zunehmend die betrieblichen Heime und suchten auf dem privaten Wohnungsmarkt nach einer Wohnung. Anlass hierfür war zumeist der Familiennachzug, der zu einer dauerhafteren Ansiedlung in Deutschland führte. Gleichzeitig hatten private Vermieter\_innen aus der Unterbringung vieler Migrant\_innen auf engem Raum ein Geschäftsmodell gemacht. Fälle von Mietwucher, der offiziell strafbar war, landeten zwar selten vor Gericht. Doch in der Hälfte aller Mietwucherverfahren ging es um Wohnverhältnisse von Migrant\_innen. Mitunter wurde die Notsituation durch betrügerische oder korrupte Vermieter\_innen ausgenutzt, die Zimmer doppelt oder nur gegen Schmiergeld vergaben.

Die Notlage von Migrant\_innen hing zum einen mit dem Mangel an Wohnraum in vielen deutschen Großstädten zusammen, zum anderen aber auch mit dem Rassismus, dem Migrant\_innen aus Südeuropa, der Türkei oder afrikanischen Ländern auf dem privaten Wohnungsmarkt ausgesetzt waren. „Wir fanden lange keine Wohnung. Sahen wir eine, wurden wir abgewiesen, ja rausgeworfen. Sahen wir eine zweite, wurden wir wieder abgewiesen, fanden wir eine dritte, warfen sie uns wieder raus, das Spiel wiederholte sich immer wieder. Die Deutschen wollten uns nicht, sie wollten keine Fremden“, erinnerte sich im Rückblick etwa eine türkische Arbeiterin, die 1959 nach Hamburg gekommen war.

Durch solche Exklusionspraxen waren viele Migrant\_innen darauf angewiesen, die Wohnungen zu mieten, die ihnen angeboten wurden – und das waren in den 1970er-Jahren zumeist heruntergekommene Altbauten in Sanierungsgebieten. Mit Blick auf bevorstehende Flächensanierungen, also den Abriss und Neubau ganzer Straßenzüge, zogen junge deutsche Familien tendenziell aus innerstädtischen Vierteln wie Berlin-Kreuzberg oder Hamburg-Ottensen weg. Die Lücke füllten Migrant\_innen auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum.

Auch wenn der Ausländeranteil an der Bevölkerung solcher Stadtteile selten mehr als ein Drittel erreichte, galten diese Quartiere nun zunehmend

als „Ausländerviertel“. Westdeutsche Medien zeichneten Schreckensszenarien einer drohenden Überfremdung, und immer wieder wurden Vergleiche mit den „Ghettos“ in den USA gezogen. Auf politischer Ebene führte dieser ausgrenzende Diskurs Mitte der 1970er-Jahre zur Einführung von Zuzugssperren, die die weitere Ansiedlung von Migrant\_innen, die nicht aus EG-Länder kamen, in bestimmten Städten oder Stadtteilen verhindern sollten. Im Zuge der Debatten um Geflüchtete und der Asylrechtsverschärfungen nach 2015 ist dieses Instrument erneut in mehreren Städten implementiert worden.

Der Blick in die Geschichte macht also deutlich, dass die Benachteiligung von migrantischen Arbeiter\_innen auf dem Wohnungsmarkt kein neues Phänomen ist. Gleichzeitig zeigen Beispiele wie die 1971/72 durchgeführten Mietstreiks italienischer Familien in Frankfurt oder die faktische Missachtung der Zuzugssperren durch viele türkische Mieter\_innen, dass Betroffene sich zur Wehr setzten oder Strategien entwickelten, sich den Zugang zum Recht auf Wohnraum auch gegen Restriktionen zu organisieren.

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

